

DIE KONSUMENTEN-STIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe zu Konsumententhemen von **cømparis.ch**

NR 04 | NOVEMBER 2012

Gesundheitswesen

Jeder Vierte wurde schon unnötig behandelt

SEITE 3

Budget

Frauen haben die Finanzen im Griff

SEITE 4

Hypotheken

Aufgrund der tiefen Zinsen ist eine Veränderung des Marktes absehbar

SEITE 4

EDITORIAL

Von Markt, Staat und Konsumenten

Nicht bei jedem Problem ist mehr Regulierung nötig. Denn Regulierung kostet. Der Staat sollte sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im Interview spricht der Preisüberwacher über die Konsequenzen unterschiedlicher Regulierung. Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren, fordert Stefan Meierhans. Muss der Staat stets eingreifen, wenn etwas nicht funktioniert? Diesen Umkehrschluss machen Politiker, die immer dann ihr Instrument, die Gesetzgebung, einsetzen wollen, wenn ihre Wähler einen Missstand reklamieren. Wie in der Medizin sollte aber vor der Indikation die Diagnose gestellt werden. Bevor das Parlament einen Missstand mit neuen Gesetzen beheben will, sollte kritisch nach den Ursachen gefragt werden. Vielleicht liegt es ja auch an einem mangelhaften Vollzug der bestehenden Gesetze.

comparis.ch möchte mit Vergleichshilfen die Konsumenten stärken. Empowerment bedeutet, die Position der Konsumenten im Markt ohne staatliche Hilfen zu verbessern. Das Internet eröffnet hierzu heute vielfältige Möglichkeiten. comparis.ch bietet sie an. Denn staatliche Regulierung kostet immer Geld. Erst dem Staat und den Unternehmen, am Ende aber deren Kunden, also letztlich uns Steuerzahlern und Konsumenten *☺ Felix Schneuwly, Head of Public Affairs*

«Der Konsument findet seinen Weg»

Vergleichen, vergleichen, vergleichen – so können die Konsumenten die Anbieter dazu bringen, die Kursvorteile aufgrund der Frankenstärke weiterzugeben. Dies sagt der Preisüberwacher, Stefan Meierhans, im Interview.

Was hat den Detailhandel vielerorts dazu bewogen, die Kursgewinne weiterzugeben? Reine Menschenliebe?

Ausschlaggebend war unter anderem der Druck der Konsumentinnen und Konsumenten. Wir haben eine interessante Feststellung gemacht: Je höherpreisig eine Ware ist, das heisst je höher der Preisunterschied ausfällt, desto mehr hat der Wettbewerb gespielt. Beispiele sind Autos und Möbel. Diese Waren kann man sich relativ einfach im Ausland beschaffen, und hier sahen wir denn auch in der Schweiz die grössten Preisrutsche.

Welche Rolle kann also der Konsument einnehmen?

Vergleichen, vergleichen, vergleichen – und den Wettbewerb spielen lassen. Das Internet hat dabei mit seiner Vergleichbarkeit und Transparenz enorme, den Wettbewerb beschleunigende Effekte. Es gibt heute kaum mehr einen Autokäufer, der sich nicht im Internet über die Angebote kundig macht. Früher ging man allenfalls in zwei Garagen. Heute scheut man sich nicht mehr, eine günstige Occasion im Internet zu suchen und für den Kauf in einen anderen Kanton zu fahren. Der Konsument findet seinen Weg.

Und wenn dieser Weg ins günstigere Ausland führt?

Klar, ich habe auch keine Freude, wenn die Konsumenten statt in Thun in Domodossola einkaufen. Aber man kann doch den Leuten keinen Vorwurf machen, wenn sie den Wettbewerb spielen lassen. *»Fortsetzung auf Seite 2*



Preisüberwacher Stefan Meierhans über die Konsumenten: «Es gibt kaum mehr Autokäufer, die sich nicht im Internet kundig machen.»

287 000 Prämien ...

... gibt es ungefähr in der Grundversicherung. Grund für diese enorme Zahl sind die verschiedenen Versicherungsvarianten: So gibt es in der Schweiz 42 Prämienregionen, 19 Franchisenstufen für alle Altersgruppen und jede Prämie wird jeweils mit und ohne Unfalldeckung angeboten. Ist eine Krankenkasse mit einem Produkt in der ganzen Schweiz aktiv, muss sie bereits 1596 Prämien anbieten. Nun haben viele Krankenkassen nicht nur ein Produkt, sondern ganz im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zusätzlich noch alternative

Versicherungsmodelle wie das Hausarzt- oder das HMO-Modell. Und es gibt nicht nur eine Krankenkasse, sondern deren 61, wobei nicht alle in allen Prämienregionen aktiv sind.

Für den einzelnen Versicherten ist die Gesamtzahl der Prämien nicht relevant. Eine Person, die 2013 genau gleich versichert sein will wie bis anhin, hat durchschnittlich 45 Prämien zur Auswahl. Die Mehrheit der Prämien fällt bereits durch Einschränkung des Wohnorts, des Alters und der Unfalldeckung weg. Die Anzahl der Angebote hat insgesamt abgenommen. So stehen für 2013 gut 8 Prozent weniger Prämien zur Auswahl als 2011 ☺

Trotz der Weitergabe der Kursvorteile ist die Schweiz weiterhin eine Hochpreisinsel. Was ist zu tun?

Eine Massnahme betrifft die Handelshemmnisse, vorab eine Verbesserung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. In vielen Fällen entsteht mit diesem Prinzip nach wie vor ein enormer administrativer Aufwand.

«Das Fernmeldegesetz ist noch heute in Teilen ein Heimatschutzgesetz für die Swisscom.»

Der Importeur muss den gesamten Kanal aufgleisen, von der Einholung von Bewilligungen bis zu den Zollabfertigungen. Und dies kostet Geld. Wir müssen alles unternehmen, um in Sachen Import die Barrieren zum Ausland möglichst tief zu halten. Dabei geht es nicht bloss um den Konsumenten, sondern auch um KMU und den gesamten Produktions- und Industriestandort Schweiz. Besonders betroffen ist der Tourismus wegen des mangelnden Agrarfreihandels. Schweizer Hoteliers haben deutlich höhere Kosten für die Lebensmittel als ihre Österreicher Kollegen, und wenn deshalb ihre Angebote teuer sind, entscheiden sich die Touristen eben nicht für die Schweiz. **Und was ist innerhalb der Schweiz zu tun?**

Es gilt, die einheimischen Preise zu hinterfragen. Um beim Tourismus zu bleiben: Gemäss unserer Analyse kostet das Internet 83 Prozent mehr als in den umliegenden Ländern. Wenn der Schweizer Hotelier seinen Gästen Internet anbieten will, ist dies ein weiteres Puzzleteil in der Kostenstruktur. Entweder verliert er Marge oder stösst seine Gäste mit einer Sonderabgabe vor den Kopf.

Wie könnte man in der Telekommunikation tiefere Preise erreichen?

Der Telecommarkt wurde nicht ausreichend liberalisiert. Das Fernmeldegesetz ist noch heute in Teilen ein Heimatschutzgesetz für die Swisscom. Es war eher eine «Regulierungs-Verhinderungs-Liberalisierung»: Der Markt wurde nur so

weit liberalisiert, als die Swisscom zwar offiziell kein Monopol mehr hat, aber die Konkurrenz nicht zu gefährlich werden kann. Das Gesetz muss nun revidiert und dabei wettbewerbsfreundlich und technologie-neutral werden, und die Konsumenten sollen noch mehr Druck ausüben, indem sie die Tarife vergleichen.

Bei den Roaming-Gebühren ist dies schwierig. Sie sind selten ausschlaggebend für einen Abo-Abschluss.

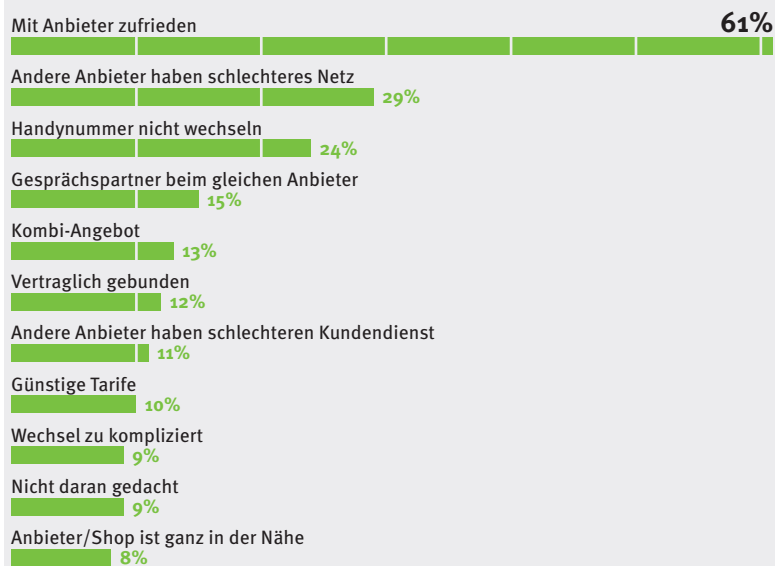
Findet man mit der EU keine bilaterale Lösung, wird man irgendwann um eine Schweizer Regulierung nicht herumkommen, zumindest für eine gewisse Dauer. Ab und zu muss man halt nolens volens ordnungspolitische «Fehler» in Kauf nehmen für eine kurze Zeit, weil sonst der Anstoss für eine Veränderung fehlt. In Norwegen hat man 2003 die Frauenquote in den Verwaltungsräten von staatsnahen Betrieben eingeführt. Heute spricht man davon, dieses Gesetz wieder abzuschaffen – weil es nicht mehr nötig ist: Die Frauenquote «stimmt» nämlich jetzt.

Es geht dabei um eine «richtige» Regulierung. Wie sieht es diesbezüglich mit der Liberalisierung des Strom-

Handynutzer wechseln Anbieter nur selten

2,3 Milliarden Franken – so viel könnten die Schweizer Handynutzer sparen, wenn sie zum jeweils günstigsten Angebot wechseln würden. Dennoch bleiben sie ihren Anbietern treu. Wo liegen die Gründe? Die meisten sind einfach zufrieden mit ihrem Anbieter (siehe Grafik). Erstaunlicherweise meint fast ein Viertel der Befragten irrtümlicherweise, sie könnten bei einem Wechsel ihre Handynummer nicht behalten.

Diese Zahlen hat comparis.ch vor einem Jahr mit einer Umfrage unter 5200 Personen berechnet. Anfang 2013 wird die nächste Erhebung publiziert.



Die Gründe warum Handy-Nutzer ihrem Anbieter treu bleiben

marktes für Privathaushalte aus, dem zweiten Liberalisierungsschritt dieser Branche?

Ich bin aufgrund der Erfahrungen in der Telekommunikation und dem Gesundheitswesen nicht sicher, ob tatsächlich Dynamik in den Strommarkt kommen wird. Andererseits kann man durchaus die Haltung haben, dass eine Liberalisierung volkswirtschaftlich sinnvoll wäre. Ich bin wirklich unentschieden. Letztlich muss das die Politik entscheiden.

Was sagen Sie zum Argument der Kostenwahrheit? Für den Strom zahlt der Konsument heute mehr via Steuern als via Gebühren. Das verzerrt die wirklichen Kosten.

Das ist falsch: Gerade beim Strom sind wir bei der Kostenwahrheit! Letztlich geht es auch um eine philosophische Frage: Was ist die Aufgabe des Staates? Wenn man dem Staat eine Aufgabe zubilligt, dann besteht diese zumindest darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Gesellschaft funktioniert. Wofür würden denn sonst noch Steuern – im Verhältnis zur wirtschaftlichen Situation – erhoben? Nehmen Sie das Gesundheitswesen. Dort ist der

«politische» Deal klar: Ein Teil läuft über Steuern, ein anderer Teil über Kopf-Prämien.

Und damit sind wir beim Gesundheitswesen. Was passiert, wenn das Bundesverwaltungsgericht in Sachen Fallpauschalen dem Preisüberwacher folgt?

Die Differenz zwischen unserer Empfehlung und den Forderungen der Spitäler beträgt geschätzte 500 Millionen Franken zulasten der Grundversicherung. Hinzu kommen die Kosten, die für die Kantone anfallen. Alles in allem geht es bei dem Entscheid um etwa eine Milliarde.

Wo liegen die grössten Differenzen zwischen dem Preisüberwacher und den Spitälern?

Die Diskussionen kreisen häufig um Infrastrukturen und gemeinwirtschaftliche Leistungen. Da gibt es Differenzen. Aber je länger wir für überhöhte Investitionskosten zahlen, desto mehr zögern wir die auch vom Gesetzgeber gewollte Strukturbereinigung hinaus. Das ist weder im Interesse der Prämienzahlenden, noch der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ✓

Das Interview führten Lorenz Frischknecht und Felix Schneuwly.

Zurück auf dem Niveau von 2009

Der Preisüberwacher hat die Auswirkung des starken Frankens untersucht. In seinem Bericht vom letzten September hat er festgestellt, dass die Preisvorteile im grossen Ganzen weitergegeben wurden. Vielerorts bewegen sich die Preise wieder auf dem Niveau von 2009. Dazu beigetragen haben verschiedene Faktoren. Zum einen ist es das markt- und wettbewerbsgerechte Verhalten der Konsumenten, die auch mit Auslandseinkäufen Druck ausgeübt haben. Zum anderen entstand Druck seitens von Politik und Verbänden. Auch comparis.ch hat öffentlich in umfassenden Preiserhebungen 2011 und 2012 auf die verhältnismässig teuren Preise für Markenartikel hingewiesen. Wie der Preisüberwacher feststellt, ist die Schweiz aber trotz der Kursweitergabe weiterhin eine Hochpreisinsel. Er fordert darum einen Abbau von Handelshemmnissen und Reformen im Binnenmarkt.

Weniger Geld – weniger Arztbesuche

Einkommenshöhe und Höhe der Franchise haben einen Einfluss darauf, ob jemand ein Leiden behandeln lässt oder nicht, wie eine repräsentative Studie zeigt.

ig. Die Kosten für einen Arztbesuch stellen für viele eine so grosse finanzielle Hürde dar, dass sie trotz Krankheit oder Verletzung auf eine medizinische Untersuchung verzichten. Dies zeigt die von 20 Minuten Online und comparis.ch durchgeführte Ärztstudie. Für die Studie hat das Marktforschungsinstitut gfs.bern repräsentativ über 6600 Personen ab 15 Jahren in der gesamten Schweiz telefonisch und online befragt. Rund jeder vierte Befragte hat angegeben, in der Vergangenheit bereits einmal trotz Verletzung oder Krankheit wegen den Kosten auf einen Arztbesuch verzichtet zu haben.

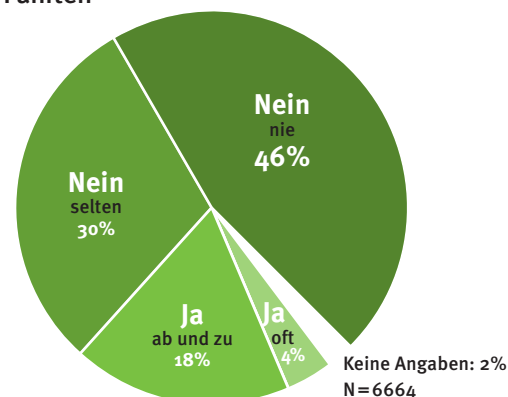
Bei Personen mit einem tiefen Haushaltseinkommen verzichten signifikant mehr aufgrund der Kosten auf den Arztbesuch. So sagen 38 Prozent der Personen mit einem Einkom-

men unter 3000 Franken pro Monat, sie seien aus finanziellen Gründen bereits einmal nicht zum Arzt gegangen. Von den Befragten mit einem Einkommen zwischen 3000 und 5000 Franken pro Monat geben 30 Prozent diese Antwort (vgl. Grafik).

Weniger Behandlungen wegen Wahlfranchise

Die repräsentative Studie zeigt zudem: Neben dem Einkommen hat auch die Franchise einen Einfluss darauf, ob man sich behandeln lässt oder nicht. 15 Prozent aller Befragten haben bereits einmal wegen der Franchise auf eine empfohlene Behandlung des Arztes verzichtet. Hier ist mitentscheidend, wie hoch die Franchise ist. Von den Befragten, die eine Franchise von mindestens 1000 Franken haben, geben 19 Prozent an, be-

Unnötige Behandlung: bei rund jedem Fünften



Der überragende Anteil der Befragten gibt an, nicht unnötig behandelt worden zu sein. Doch immerhin 22 Prozent haben das Gefühl, dass eine durchgeführte Behandlung eigentlich unnötig gewesen ist.

Quelle: comparis.ch, 20 Minuten Online, gfs.bern

reits einmal auf eine Behandlung verzichtet zu haben. Bei den Befragten mit der Grundfranchise (300 Franken) oder der tiefsten Wahlfranchise von 500 Franken sind es hingegen nur 12 Prozent.

Hier ist diese Wirkung durchaus im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Wer sich für eine hohe Franchise entscheidet, erhält einen Prämienrabatt, muss aber mehr aus dem eigenen Portemonnaie bezah-

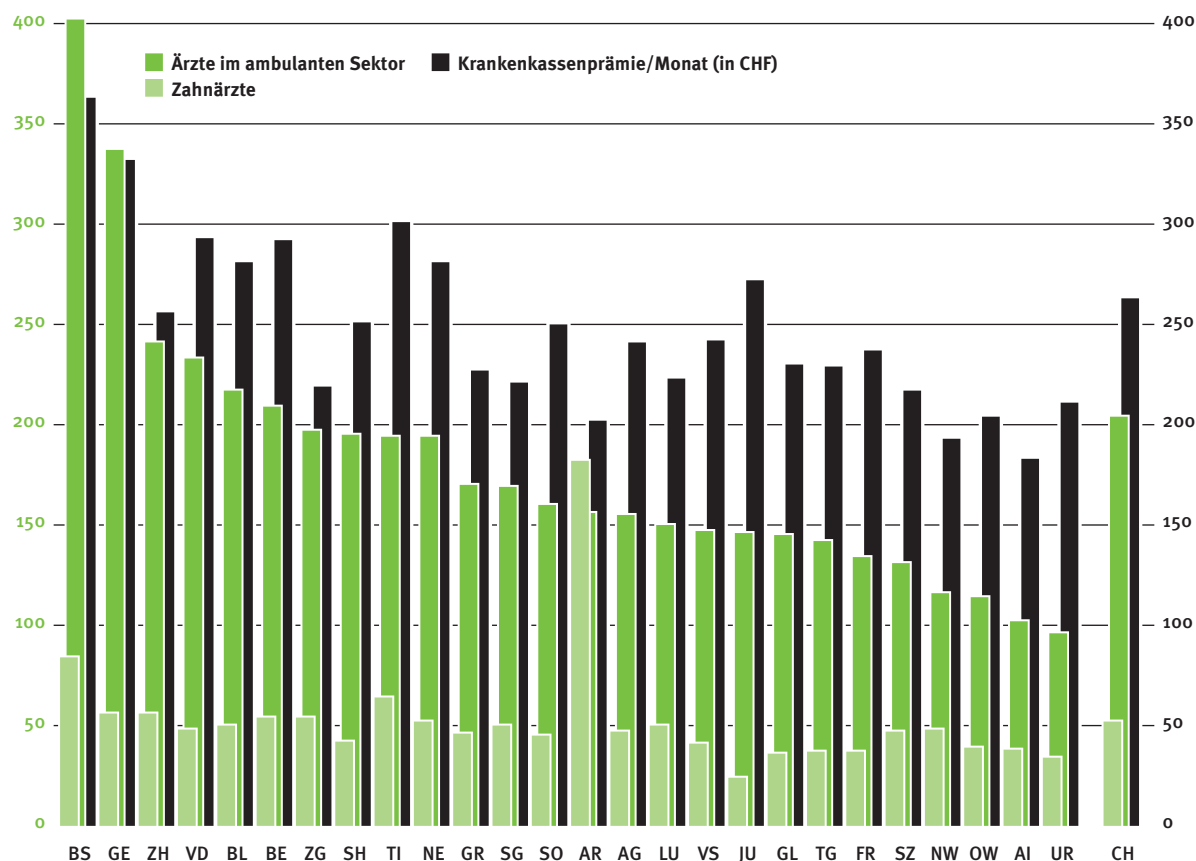
len. Letztlich soll dies ein Anreiz sein, auf unnötige Behandlungen zu verzichten.

Nicht immer führen die Anreize des Gesundheitswesens aber zu einem Verzicht auf unnötige Behandlungen. So geben 22 Prozent der Befragten an, beim Arztbesuch zumindest ab und zu das Gefühl zu haben, dass eine Untersuchung oder eine Behandlung unnötigerweise durchgeführt worden ist (vgl. Grafik).

GESUNDHEITSKOSTEN

Ärzte jenseits des Durchschnitts

ig. Es ist kein Geheimnis: In gewissen Kantonen praktizieren massiv mehr Ärzte als in anderen. Spitzenreiter ist Basel-Stadt: 402 Ärzte gibt es dort pro 100 000 Einwohner. Rund viermal weniger Ärzte pro 100 000 Einwohner gibt es in Uri (96), das somit am Ende der Ärztedichte-Tabelle steht. Die Anzahl der Ärzte schlägt sich auch in der Höhe der Krankenkassen-Prämien nieder. So hat Basel-Stadt schweizweit die höchsten Krankenkassenprämien. Die Vermutung, in ländlichen Kantonen hätte es per se weniger Ärzte, ist allerdings falsch. So lassen sich bei den Zahnärzten keine solch massiven Unterschiede zwischen den Kantonen feststellen. Wesentliche Unterschiede zwischen Zahn- und übrigen Ärzten: Zahnärzte stehen im Wettbewerb zueinander und können nur in Ausnahmefällen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung abrechnen ✓



Quelle: comparis.ch, BFS

Unselbstständige Männer

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, zahlreiche Rechnungen flattern ins Haus. Haben Herr und Frau Schweizer diese Ausgaben bereits eingeplant? comparis.ch hat in einer repräsentativen Umfrage wissen wollen, ob die Haushalte ihre allgemeinen Ausgaben planen. Resultat: 62 Prozent oder fast zwei von drei Schweizern erstellen kein Haushaltsbudget. Allerdings ist das Planen offenbar eine Frage des Einkommens. Knapp jeder zweite der befragten Haushalte, die weniger als 3000 Franken Einkommen haben, erstellt ein Haushaltsbudget. Dieser Wert sinkt mit der Höhe des Einkommens: Von den Leuten mit mehr als 9000 Franken Haushaltseinkommen erstellen bloss 29 Prozent ein Budget.

Interessant ist, wer fürs Budget zuständig ist. Offenbar sind die Herren eine Spur unselbstständiger als die Damen. In 35 Prozent der Haushalte ist nämlich die Frau die alleinige Finanzministerin; der Mann ist lediglich in 21 Prozent der Haushalte für die Finanzplanung alleine verantwortlich.

Und wie detailliert fallen die Haushaltsbudgets aus? 75 Prozent der Romands sagen, ihre Ausgaben «eher» oder «sehr genau» zu planen – und 84 Prozent der Deutschschweizer. Die Tessiner dagegen scheinen die gewissenhaftesten Planer zu sein: 87 Prozent sind es im Sonnenkanton. Bei der Frage, ob man einen Sparbetrag fix ins Budget einplant, heben sich die Romands (54 Prozent) von den Deutschschweizern (69 Prozent) und den Tessinern (67 Prozent) ab ✓

Lang lebe der Hypothekarmarkt

Weil die Hypothekarzinsen tiefsind, setzen immer mehr Hausbesitzer auf langfristige Hypotheken. Das verändert den Markt: Es werden weniger Hypotheken auf den Markt kommen.

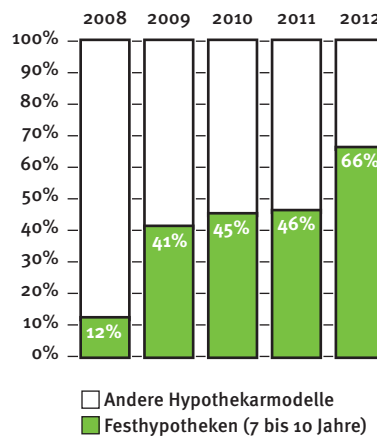
fri. Die Hypothekarzinsen sinken und sinken – und dies schon seit mehreren Jahren. Die Zinsen halten sich heute auf tiefem Niveau. Im dritten Quartal des Jahres 2012 kostete eine zehnjährige Festhypothek 2,1 Prozent, eine fünfjährige 1,4 Prozent. Das sind mehr oder weniger dieselben Werte wie im Vorquartal. Der Markt stagniert; die Richtzinsen sind in einer Talsohle angekommen.

Zwei Drittel mit langer Laufzeit

Auch die Hypothekarschuldner rechnen angesichts der Zinsentwicklung nicht mehr damit, dass die Zinsen in absehbarer Zeit steigen. Kein Wunder also, wollen sie die heutige Situation quasi einfrieren. Hausbesitzern bietet sich auf diese Weise die Möglichkeit, möglichst lange von den günstigen Preisen zu profitieren. Die veränderte Nachfrage zeigt sich in der Hypotheken-Börse von comparis.ch. Langfristige Modelle – mit Laufzeiten von sieben bis zehn Jahren – werden immer beliebter. Betrafen noch 2008 bloss 12 Prozent sämtlicher Nachfragen eine langfristige Festhypothek, machen diese heute bereits 66 Prozent aus (siehe Grafik).

Der eindeutige Trend in Richtung Langfristigkeit kann den Hypothekarmarkt stark verändern. In den kommenden Jahren dürfte die Zahl der Hypotheken, die erneuert werden müssen, deutlich kleiner werden. In den letzten Jahren kamen jeweils um die 20 Prozent des gesamten Hypothekarvolumens auf

Was lange währt...



Anteil der langfristigen Festhypotheken an sämtlichen Hypothekarmodellen, jeweils von Januar bis September.

Quelle: comparis.ch

den Markt. Das zeigen Zahlen der Schweizerischen Nationalbank. Gemäss einer Schätzung von comparis.ch könnte dieser Anteil mittel- bis langfristig auf rund 15 Prozent zurückgehen.

Wettbewerb verzögert Zinsanstieg

Für den Hausbesitzer sind das goldene Zeiten. Denn in dieser Situation wird das Angebot grösser sein als die Nachfrage. Der Wettbewerb unter den Banken und Versicherungen intensiviert sich. Die Folge davon: Wachstumsorientierte Anbieter werden stärker um ihre Kunden kämpfen müssen und ihnen attraktive Angebote unterbreiten – und das dürfte einen Zinsanstieg verzögern.

Zwangsbox K.O.

fri. Endlich hat UPC Cablecom einen seit langem geforderten Schritt gemacht. Auf Anfang Jahr verzichtet die grösste Schweizer Kabelnetzbetreiberin auf die Grundverschlüsselung für Digital-TV. Damit werden die Kunden nicht mehr zur Miete einer Set-Top-Box gezwungen. comparis.ch hatte dies mehrfach gefordert. Nun hat der Wettbewerbsdruck gewirkt: UPC Cablecom sieht sich harter Konkurrenz von Swisscom-TV und anderen Anbietern ausgesetzt.

Keine Prämienreduktion

jg. Die neue Spitalfinanzierung reduziert die Leistungen zulasten der Zusatzversicherung. In den Prämien schlägt sich dies noch nicht nieder. Von 22 durch comparis.ch angefragten Kassen hat nur eine Kasse angegeben, die Prämien für die Spital-Zusatzversicherung zu senken. Drei weitere Krankenkassen haben bereits per Anfang 2012 für gewisse Produkte die Prämien gesenkt oder einen Rabatt gewährt. Vier Krankenkassen haben keine Auskunft gegeben.

Gestutzte Rabatte

jg. Junge Erwachsene müssen auf das nächste Jahr hin erneut eine überdurchschnittliche Prämienhöhung hinnehmen. 3,5 Prozent steigen ihre Prämien im Durchschnitt. Grund dafür: Die Krankenkassen kürzen – einmal mehr – die Rabatte im Vergleich zur Erwachsenenprämie. 2002 hat dieser Rabatt noch 22 Prozent betragen. 2013 werden es noch 7 Prozent sein.

Verwaltungskosten

Kosten, die nicht direkt für die Herstellung eines Produktes oder das Erbringen einer Dienstleistung anfallen, sondern für die Verwaltung der Unternehmung benötigt werden, nennt man Verwaltungskosten. Angeben kann man die Höhe der Verwaltungskosten in einem absoluten Frankenbetrag oder relativ zu den Gesamtkosten. Letzteres ermöglicht einen einfachen Vergleich. Immer wieder diskutiert werden die Verwaltungs-

kosten bei den Krankenkassen. Kein Wunder, schätzen doch Herr und Frau Schweizer diese Verwaltungskosten laut Santésuisse im Durchschnitt auf 30 Prozent. Allerdings sind die Verwaltungskosten der Krankenkassen wesentlich tiefer. Von jedem Prämienfranken, den die Kassen einnehmen, werden nur gerade 5 Rappen für die Verwaltung ausgegeben. Wesentlich höher sind die Verwaltungskosten hingegen bei der Suva. Dort sind die Kosten der Verwaltung im Verhältnis zu den Prämieinnahmen – ohne Prävention – fast doppelt so hoch wie bei den Krankenkassen ✓

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch, Stampfenbachstrasse 48, CH-8006 Zürich
© 2012 comparis.ch
Redaktion: Lorenz Frischknecht (fri), Jonas Grossniklaus (jg), Felix Schneuwly (fs)
Gestaltung: yw@blackbox.ch
Druck: rva Druck und Medien AG, Altstätten
Reaktionen: redaktion@comparis.ch
Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe (comparis.ch) gestattet; abrufbar als PDF auf: www.comparis.ch/konsumentenstimme

cømparis.ch